Energiepreisrisiko und Standortentscheidungen in der österreichischen Industrie

Etwa 75% der Industrieunternehmen in energieintensiven Branchen und über 47% in nicht energieintensiven Branchen bewerten die Entwicklung der Energiepreise als ein erhebliches Risiko für ihr Unternehmen. Das geht aus einer Befragung hervor, die im zweiten Quartal 2025 unter österreichischen Industrieunternehmen durchgeführt wurde. Diese Risikoeinschätzung geht häufig mit einer erhöhten Bereitschaft einher, Unternehmensaktivitäten ins Ausland zu verlagern. Zudem äußern betroffene Unternehmen deutlich häufiger als andere die Absicht, Arbeitsplätze am Standort Österreich abzubauen. Diese Tendenzen sind in energieintensiven Branchen weniger stark ausgeprägt. Sowohl die geplanten Verlagerungen als auch die angestrebten Beschäftigungsreduktionen betreffen überwiegend den Produktionsbereich. Als Hauptgründe für die Verlagerungsabsichten werden vor allem hohe Personal- und Energiekosten genannt – wobei letztere insbesondere von besonders exponierten Unternehmen etwas häufiger angeführt werden.

Manuel Gruber-Német, Andreas Reinstaller, Werner Hölzl [1]

Unternehmen, die Energiepreisrisiken als besonders relevant einschätzen, planen häufiger Beschäftigungsabbau im Produktionsbereich. Hohe Lohnkosten und hohe Energiepreise stehen im Zentrum strategischer Überlegungen zur Verlagerung von Unternehmensbereichen ins Ausland.

Bedeutung der Energiepreise für die österreichische Industrie

In der Energiekrise sind die Energiekosten im österreichischen Unternehmenssektor in den Jahren 2021 und 2022 deutlich gestiegen. Unternehmensspezifische Auswertungen zeigen bereits 2021 einen durchschnittlichen Kostenanstieg von 15%, gefolgt von weiteren 38% im Jahr 2022. In energieintensiven Industrien war der Anstieg mit 28% bzw. 46% höher. Besonders stark betroffen waren Unternehmen mit Anlagen im Emissionshandelssystem (ETS), deren Energiekosten 2021 um 39% und 2022 um 59% zunahmen. Bei einzelnen Betrieben haben sich die Kosten sogar mehr als verdoppelt. Seit 2022 haben sich die Energiepreise zwar weitgehend stabilisiert, verbleiben aber auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise.[2] Laut EIB-Investitionsbefragung (Europäische Investitionsbank, 2025) waren 2024 die hohen Energiekosten neben dem Fachkräftemangel und der globalen Unsicherheit das wichtigste Investitionshemmnis in Österreich.

Zu den energieintensivsten Branchen zählen die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Papier-, Pappe- und Druckereibranche, gefolgt von der Chemie-, Glas- und Keramikindustrie. Der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten liegt in diesen Bereichen durchschnittlich zwischen 4% und 8%, kann jedoch Werte von 15% bis 20% erreichen. Diese Unterschiede spiegeln sich in stark variierenden

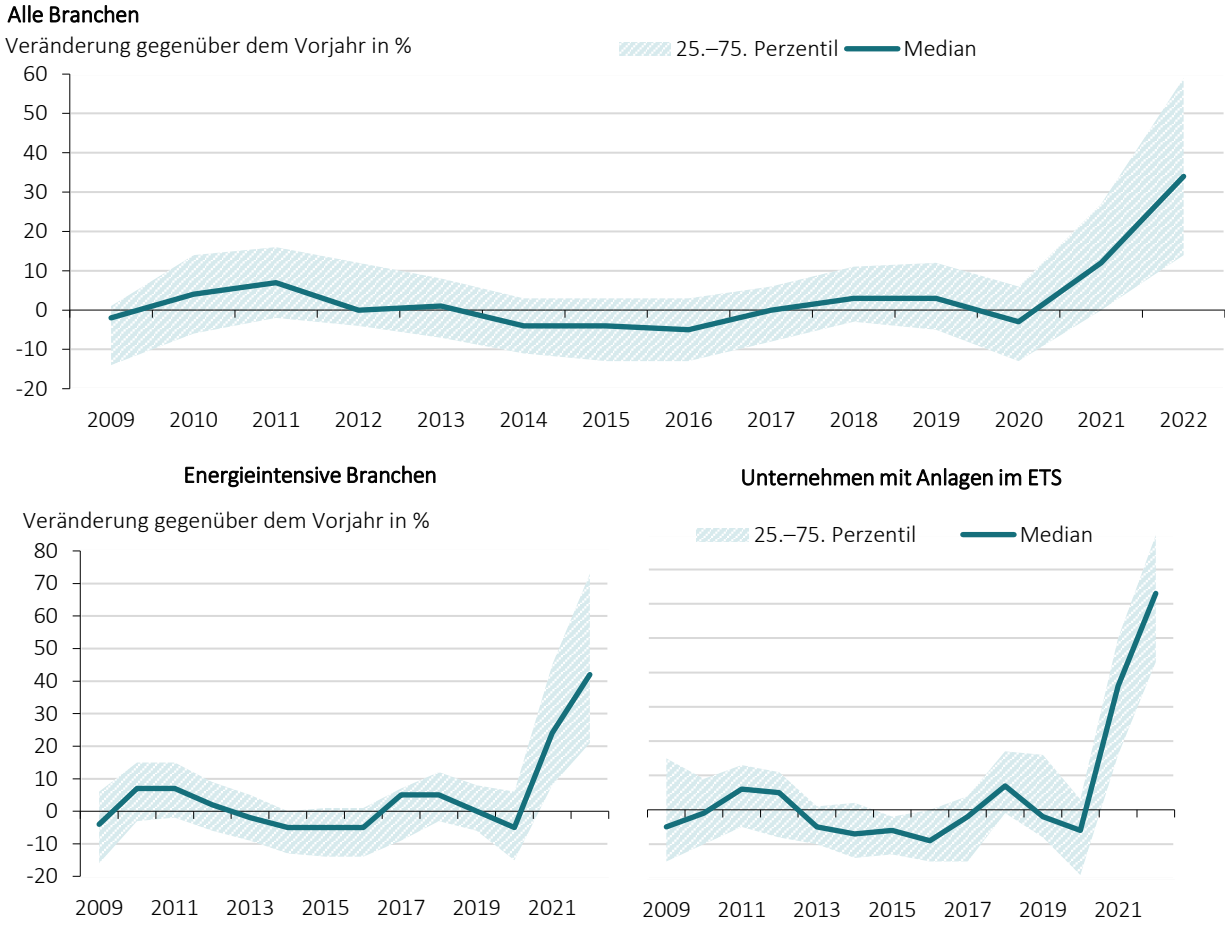
[1] Hölzl: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Gruber-Német, Reinstaller: Büro des Produktivitätsrates, OeNB.

[2] vgl. z. B. Strom- und Erdgasgroßhandelspreisindizes der Energieagentur.

Energiekostenanteilen auf Unternehmensebene wider (Produktivitätsrat, 2024). In der chemischen Industrie ist die Streuung geringer, wenngleich sich auch hier vereinzelt Unternehmen mit sehr hoher Energieintensität finden. Insgesamt zeigt sich eine erhebliche Heterogenität sowohl zwischen als auch innerhalb der Branchen.

Im Produktivitätsbericht 2024 wurde eine hohe Konzentration in der industriellen Energienutzung dokumentiert: Zwischen 2009 und 2013 entfielen 75% des Endenergieverbrauchs auf durchschnittlich 58 Unternehmen, in den Jahren 2020–2021 auf 62 Unternehmen. Für 90% des gesamten Verbrauchs waren zuletzt lediglich 317 Betriebe verantwortlich. Die stärkste Konzentration zeigt sich bei Erdgas und festen Brennstoffen, die geringste bei Strom. Im Fall von Erdölprodukten entfielen 90% des Verbrauchs auf 715 Unternehmen. Somit sind wenige, aber volkswirtschaftlich bedeutende Betriebe besonders anfällig für Energiepreisschocks.

Abbildung 1: **Veränderung der Energiekosten in österreichischen Unternehmen**



Quelle: Gütereinsatzstatistik und Leistungs- und Strukturerhebung, AMDC, Statistik Austria. Eigene Berechnungen.

Langfristige Veränderungen der industriellen Energieendpreise lassen sich zu etwa 74% auf Preisänderungen der Energieträger und lediglich zu 26% auf Substitutionseffekte zurückführen (Reinstaller und Sellner, 2024; 2025a). Dies weist auf eine starke Pfadabhängigkeit der Energienutzung hin und unterstreicht die Notwendigkeit gezielter Investitionen in CO_2-neutrale Produktionstechnologien zur Erreichung der Klimaziele für 2040/2050. Die Möglichkeiten zur kurz- und mittelfristigen Anpassung an Energiepreisschocks durch den Wechsel des Energieträgers sind begrenzt.

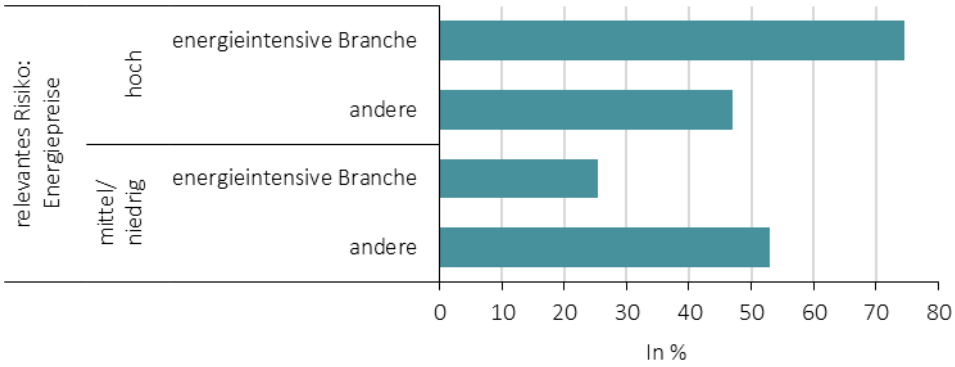
Auch die Dämpfung von Energiekostenanstiegen durch Effizienzsteigerungen in der Energienutzung ist laut unterschiedlichen Analysen begrenzt, was die Energiekosten zu einem relevanten

Wettbewerbsrisiko macht. Lediglich rund 12% der Unternehmen sehen mittelfristig wirtschaftlich sinnvolle Einsparpotenziale von über 15% – vor allem jene mit niedriger Energieintensität (Hölzl et al., 2023). Modellrechnungen zeigen je nach Szenario und Branche Einsparpotenziale zwischen 10% und 20%, wobei diese in energieintensiven Branchen geringer ausfallen und durch Rebound-Effekte teilweise kompensiert werden (Reinstaller und Sellner, 2025b).

Energiepreise als Unternehmensrisiko und Beschäftigungsentwicklung

Das Büro des Produktivitätsrates hat sich mit einem eigenen Fragenmodul zur Beschäftigungsentwicklung an der diesjährigen WIFO-Industriebefragung beteiligt (vgl. Hölzl et al., 2025). Seit 2022 erhebt die Befragung die Relevanz verschiedener globaler sowie österreichspezifischer Risikofaktoren – darunter auch Energiepreise (Hölzl et al., 2023).[3] Darüber hinaus enthält sie regelmäßig Fragen zu den Verlagerungsabsichten von Unternehmen hinsichtlich ihrer Standorte. Die kombinierte Auswertung dieser Module erlaubt Rückschlüsse auf standortbezogene Entscheidungen österreichischer Industriebetriebe in Bezug auf Wettbewerbsrisiken, die durch hohe Energiepreise entstehen.

Abbildung 2: **Relevanz des Risikofaktors Energiepreise in unterschiedlichen Unternehmensgruppen**

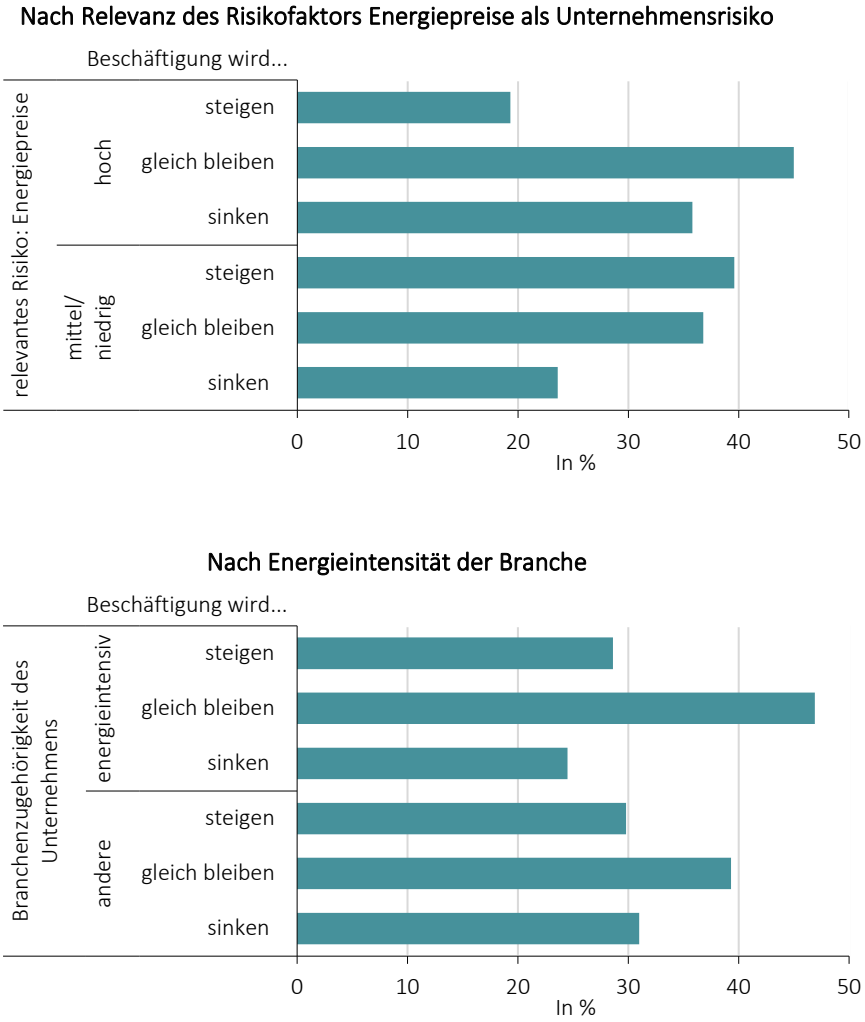


Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.

In der Auswertung wird zwischen Unternehmen in energieintensiven Branchen und Unternehmen, die hohe Energiepreise als Risiko für ihre Geschäftstätigkeit wahrnehmen, unterschieden. Wirtschaftspolitische Diskussionen und Maßnahmen stellen häufig auf energieintensive Branchen ab. Unternehmen in energieintensiven Branchen sind aber nicht notwendigerweise auch energieintensiv i.S. eines hohen Energiekostenanteils an den Gesamtkosten (vgl. Produktivitätsbericht 2024, S. 121–122). Die individuelle Betroffenheit von Unternehmen durch hohe Energiepreise wird besser durch das wahrgenommene Geschäftsrisiko durch hohe Energiepreise abgebildet. Ein hohes Risiko besteht typischerweise dann, wann Kostenschwankungen schwer vorhersehbar und die Anpassungsspielräume beschränkt sind. Das kann sowohl innerhalb als auch außerhalb energieintensiver Wirtschaftszweige der Fall sein, wenngleich exponierte Unternehmen dort besonders häufig sind.

[3] Es wurden 1055 der größten Industrieunternehmen befragt. Rund 293 haben vollausgefüllte Fragebogen retourniert. Die Befragung wurde im Frühjahr 2025 durchgeführt.

Abbildung 3: **Beschäftigungsveränderung (alle Unternehmensbereiche) in unterschiedlichen Unternehmenstypen**



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.

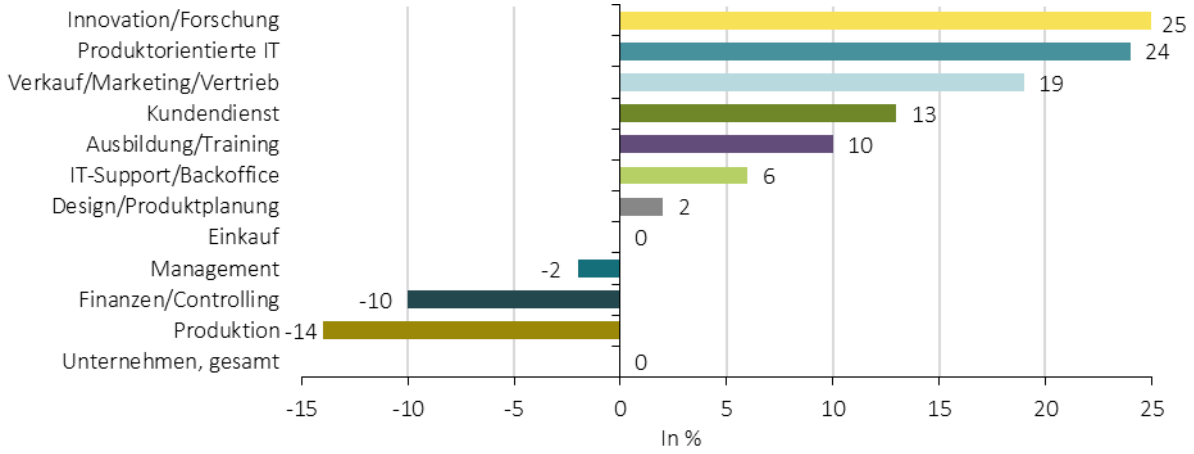
Unter den befragten Industrieunternehmen sind rund 23,2% (65 Unternehmen) energieintensiven Branchen zuzuordnen. Von diesen sehen knapp 75% die Energiepreise als ein wesentliches Risiko für ihre Geschäftstätigkeit an. Für die gesamte erhobene Unternehmensstichprobe liegt der Anteil der Unternehmen, die eine hohe Risikoexposition durch Energiepreise melden, bei rund 53% (vgl. Abbildung 2).[4]

Die Gruppe von Unternehmen, die das Risiko durch hohe Energiepreise als sehr relevant einstufen, unterscheidet sich von weniger exponierten Unternehmen durch unterschiedliche Beschäftigungsmuster auf gesamtbetrieblicher Ebene (vgl. Abbildung 3) als auch im Bereich der Produktion: Exponierte Unternehmen geben deutlich häufiger an, ihre Gesamtbeschäftigung senken oder unverändert belassen zu

[4] Unternehmen in energieintensiven Branchen nehmen zudem Umweltregulierung und Flächenwidmung bzw. Raumordnung deutlich häufiger als relevante Risikofaktoren wahr als andere Unternehmen. Diese Einschätzungen sind insofern bedeutsam, als gerade diese Unternehmen angesichts der energetischen Transformation vor einem erheblichen Investitionsbedarf stehen. Investitionsentscheidungen in diesem Bereich werden maßgeblich von den genannten Risiken beeinflusst.

wollen.[5] Dieser Zusammenhang besteht unabhängig davon, ob ein Unternehmen einer energieintensiven Branche zuzuordnen ist oder nicht.

Abbildung 1: **Tendenz zur Veränderung der Beschäftigung in unterschiedlichen Unternehmensbereichen in der österreichischen Industrie 2025**



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Die Tendenz ergibt sich als Saldo der Anzahl der Nennungen zum Beschäftigungsauf- und -abbau in Relation zu allen Antworten in einer Kategorie. Nennungen, die eine konstante Beschäftigung widerspiegeln, werden nur im Nenner berücksichtigt.

Die über alle Unternehmen in der Stichprobe berechneten Tendenzindikatoren zur geplanten Beschäftigungsentwicklung (vgl. Abbildung 4) zeigen, dass sich die Anzahl jener Unternehmen, die eine Reduktion bzw. Erhöhung der Gesamtbeschäftigung anstreben, in etwa die Waage hält. Dies ist angesichts der schweren und anhaltenden Industrierezession der vergangenen Jahre bemerkenswert. Bei einer Umsatzgewichtung der Nennungen ergibt sich allerdings ein leichter Überhang jener Unternehmen, die beabsichtigen, die Beschäftigung auf gesamtbetrieblicher Ebene zu reduzieren. Dies deutet auf eine stärkere Tendenz zum Beschäftigungsabbau in größeren Unternehmen hin.

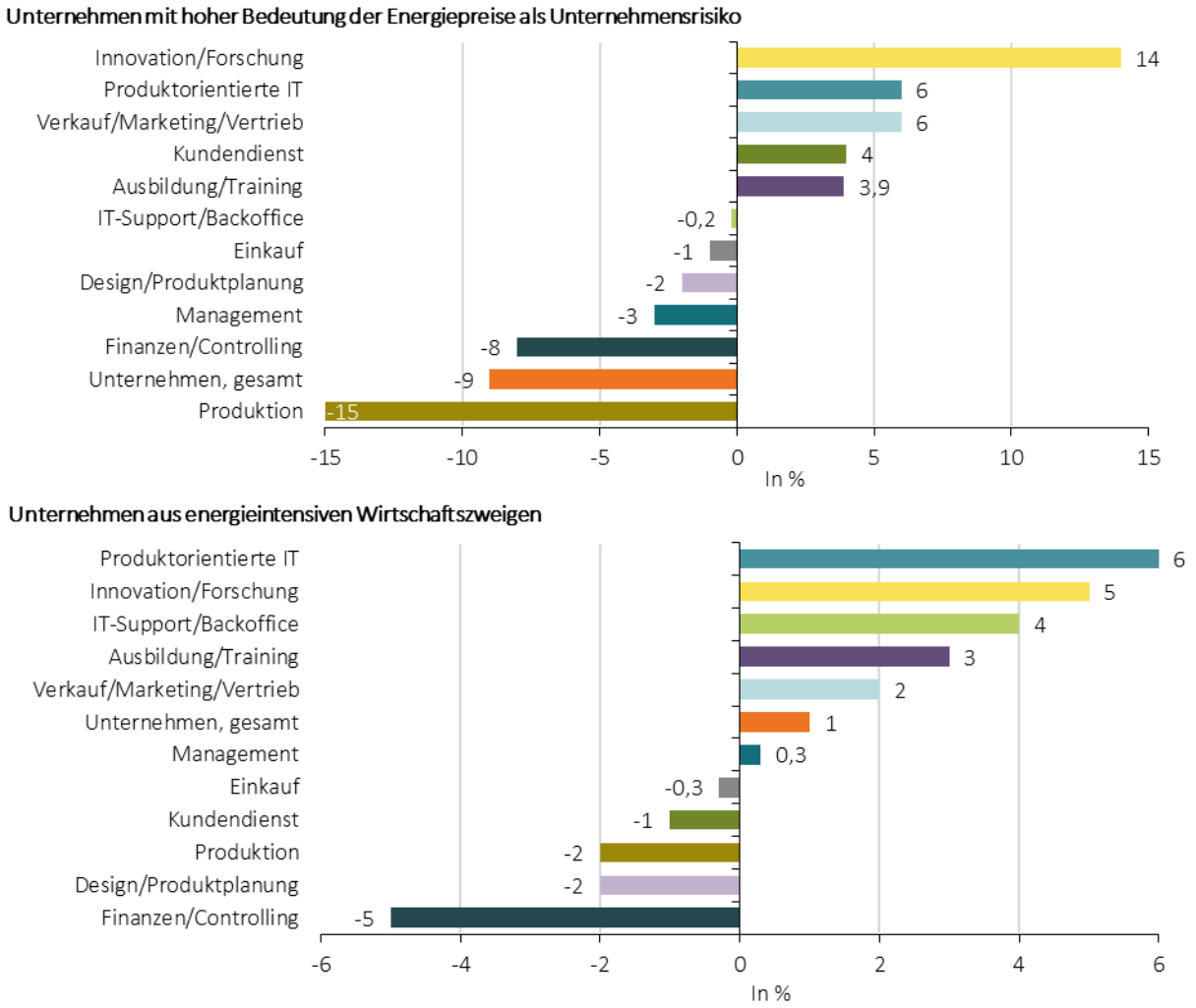
In der Produktion zeigt sich ein deutlicher Überhang zugunsten eines geplanten Beschäftigungsabbaus sowohl nach gewichteter als auch nach ungewichteter Rechnung.[6] Mittelfristig dürfte sich daher ein rückläufiger Trend bei Produktionsarbeitsplätzen abzeichnen (siehe dazu auch Ergebnisse zu Verlagerungstendenzen in der Produktion weiter unten). Ähnliche Tendenzen sind auch in bestimmten administrativen Bereichen erkennbar, insbesondere im Bereich Finance & Controlling. Demgegenüber lässt sich eine klare Neigung zum Beschäftigungsaufbau in den Bereichen Innovation und Forschung, produktorientierte Informationstechnologie, Kundendienst sowie Marketing und Vertrieb beobachten – wobei sich umsatzgewichtet in den beiden letzten Kategorien ein leichter Abbauimpuls zeigt.[7]

[5] Die beobachtete Korrelation kann auf Grundlage der Daten nicht dahingehend interpretiert werden, dass höhere Energiepreise notwendigerweise geringere Beschäftigung bedingen.

[6] Es liegen jedoch keine Zahlen zu Beschäftigungsauf- oder -abbau in Sinne von Vollzeitäquivalenten, Kopfzahlen oder Stunden vor.

[7] Nach einer umsatzgewichteten Rechnung sind die Bereiche Innovation/Forschung, produktorientierte IT und Kundendienst die einzigen Unternehmensbereiche, in denen über die gesamte Stichprobe berechnet Beschäftigungszuwächse zu erwarten sind.

Abbildung 2: **Tendenz zur Veränderung der Beschäftigung in unterschiedlichen Unternehmensbereichen in der österreichischen Industrie 2025**



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Unterschiedliche Skalierung.

Unternehmen, die die Entwicklung der Energiepreise als wesentliches Risiko einschätzen (vgl. Abbildung 5, oberes Panel), äußern sowohl nach einfacher als auch nach umsatzgewichteter Zählung verstärkt die Absicht, die Beschäftigung auf gesamtbetrieblicher Ebene zu reduzieren. Es besteht auch eine starke Neigung zum Beschäftigungsabbau im Produktionsbereich, die jedoch jener der Gesamtstichprobe entspricht. Wie in der Gesamtstichprobe zeigt sich in dieser Gruppe auch eine Tendenz zum Beschäftigungsaufbau in Innovations- und Forschungsabteilungen, produktbezogener IT, Marketing und Vertrieb, Kundendienst sowie Ausbildung und Training. Diese Beobachtung relativiert sich jedoch bei einer umsatzgewichteten Betrachtung.

Unternehmen aus energieintensiven Branchen unterscheiden sich von diesem Muster (vgl. Abbildung 5, unteres Panel) durch geringere Überhänge in den einzelnen Kategorien. Betriebe in diesen Branchen äußern seltener, Personalabbau zu planen. Dies gilt auch für risikoexponierte Unternehmen in energieintensiven Branchen. Die stärkste Neigung zum Abbau bei diesen Unternehmen zeigt sich im Bereich Finanzen und Controlling – möglicherweise aufgrund verstärkter Auslagerungen oder Rationalisierungen durch technischen Wandel. Die umsatzgewichtete Auswertung legt nahe, dass vor allem größere Unternehmen in administrativen Bereichen Beschäftigung abbauen wollen.

Energiepreisexponierte Unternehmen in energieintensiven Branchen zeigen eine stärkere Neigung zum Beschäftigungsabbau im Produktionsbereich im Vergleich zu weniger exponierten Unternehmen in energieintensiven Branchen. Diese äußern hingegen häufiger die Absicht, ihre Beschäftigung konstant zu halten oder sogar auszuweiten. Dadurch ergibt sich im Aggregat für die energieintensiven Branchen ein Bild, das auf eine Beschäftigungsentwicklung hinweist, die stabiler ist als jene, die für die Gesamtstichprobe beobachtet wird.

Zusammenfassend kann über alle analysierten Subgruppen festgehalten werden, dass sich der Beschäftigungsabbau auf die Produktion konzentriert. Unternehmen, die eine Reduktion der Gesamtbeschäftigung planen, nennen mit großer Mehrheit die Produktion als zentralen Bereich für den Abbau: In etwa 95% dieser Fälle ist auch ein Rückgang der Beschäftigung in der Produktion vorgesehen. Bemerkenswert ist, dass selbst bei Unternehmen mit stabiler bzw. wachsender Gesamtbeschäftigung die Beschäftigung in der Produktion gesenkt wird – rund 20% bzw. 5% dieser Unternehmen planen Kürzungen. Der Produktionsbereich unterliegt damit Rationalisierungsbestrebungen, unabhängig von der gesamtbetrieblichen Entwicklung. Unternehmen in energieintensiven Branchen unterscheiden sich nicht von anderen hinsichtlich der Häufigkeit geplanter Personalkürzungen im Produktionsbereich. Bei jenen Unternehmen in energieintensiven Branchen, die eine Ausweitung der Gesamtbeschäftigung anstreben, planen 57% aber auch eine personelle Ausweitung in der Produktion.

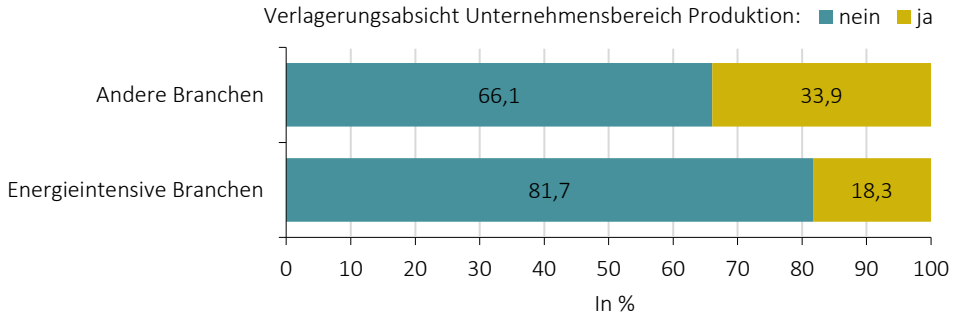
Die häufigsten Gründe für geplanten Beschäftigungsabbau sind eine sinkende Nachfrage (26,7%), technischer Wandel (22,2%) und Outsourcing (20,2%). Unternehmen, die Energiepreise als hohes Risiko wahrnehmen, nennen ähnliche Ursachen wie die Gesamtstichprobe, was auf eine breite Relevanz dieser Faktoren hinweist. Auffällig ist jedoch, dass Outsourcing bei Unternehmen in energieintensiven Branchen kaum eine Rolle spielt. Stattdessen werden technologische Veränderungen und andere Faktoren (Kostendruck) stärker gewichtet – ein Indiz für branchenspezifische Anpassungsstrategien unter erhöhtem Wettbewerbs- und Effizienzdruck.

Energiepreise als Unternehmensrisiko und Verlagerungsabsichten

Die Verlagerungsabsichten sind in der österreichischen Industrie seit der Energiekrise gestiegen (vgl. Hölzl et al., 2023). In der heurigen Befragung gibt – über alle Unternehmensfunktionen hinweg – über ein Drittel (35%) der befragten Unternehmen an, in irgendeinem der abgefragten Unternehmensbereiche (teilweise) Verlagerungen ins Ausland zu planen. Die Verteilung der Angaben zu Verlagerungsabsichten unterscheidet sich für Unternehmen, für die Energiepreise ein hohes Geschäftsrisiko darstellen, statistisch nicht von dem für die gesamte Unternehmensstichprobe beobachteten Wert (32,4%). Unternehmen in energieintensiven Branchen geben jedoch seltener als andere Unternehmen an, eine ihrer Funktionen ins Ausland verlegen zu wollen (24,6%). Diese Unternehmen dürften daher stärker als andere Unternehmen von Standortvorteilen in Österreich profitieren.

Eine detailliertere Auswertung zeigt, dass die höchsten Verlagerungstendenzen bei Unternehmen auftreten, die weder energieintensiven Branchen angehören noch eine hohe Energiepreisexposition aufweisen (44,5%). Die geringste Verlagerungsneigung findet sich hingegen bei Unternehmen aus energieintensiven Branchen mit geringer Energiepreisexposition (12,5%). Aufgrund der geringen Fallzahlen ist dieses Ergebnis jedoch nur eingeschränkt interpretierbar.

Abbildung 3: **Verlagerungsabsichten in der Produktion von Industrieunternehmen aus energieintensiven und anderen Branchen 2025**

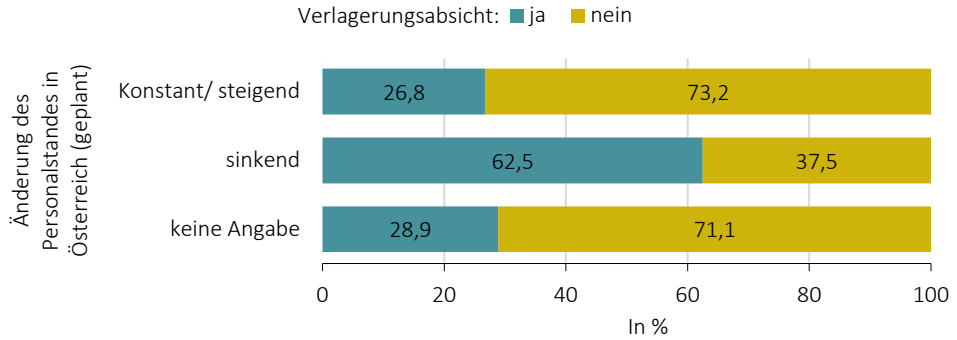


Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.

Für die Unternehmensfunktion „Produktion“ zeigt das Antwortverhalten der Unternehmen, dass rund 30% der Unternehmen in der erhobenen Stichprobe in diesem Bereich eine Verlagerung planen. Diese Tendenz hat sich über die unterschiedlichen Befragungswellen der WIFO-Industriebefragung verstärkt. Im Jahr 2016 haben nur rund 15% der befragten Industrieunternehmen angegeben, ihre Produktion ins Ausland (teilweise) verlagern zu wollen (vgl. Hölzl et al., 2017 und Hölzl et al., 2025). Während sich in diesem Zusammenhang das Antwortverhalten von Unternehmen, für die Energiepreise ein hohes Geschäftsrisiko darstellen, nicht vom Durchschnitt der Gesamtstichprobe unterscheidet, geben Unternehmen aus energieintensiven Branchen seltener an, ihre Produktion ins Ausland verlagern zu wollen (vgl. Abbildung 6). Das gilt auch für alle anderen abgefragten Unternehmensbereiche (z. B. Einkauf, Finanzen und Controlling, Innovation und Forschung u. a.). Dies ist ein wichtiges Ergebnis mit Blick auf die Standortpolitik, denn Unternehmen in energieintensiven Branchen stehen besonders im Zuge von Fördermaßnahmen zum energetischen Umbau und Dekarbonisierung im Blickpunkt.

Die Daten deuten auf einen Zusammenhang zwischen der Absicht zum Beschäftigungsabbau und geäußerten Verlagerungsabsichten hin (vgl. Abbildung 7). Von den Unternehmen, die angegeben haben, die Beschäftigung auf gesamtbetrieblicher Ebene reduzieren zu wollen, äußern knapp zwei Drittel auch Verlagerungstendenzen. Demgegenüber liegt der Anteil bei Unternehmen mit geplanter konstanter oder wachsender Beschäftigung bei lediglich 26,8%. Ähnliche Werte lassen sich auch bei jenen Unternehmen beobachten, die keine Angaben zur geplanten Beschäftigungsentwicklung gemacht haben.

Abbildung 4: **Verlagerungsabsichten und Beschäftigungsabbau in Industrieunternehmen 2025**

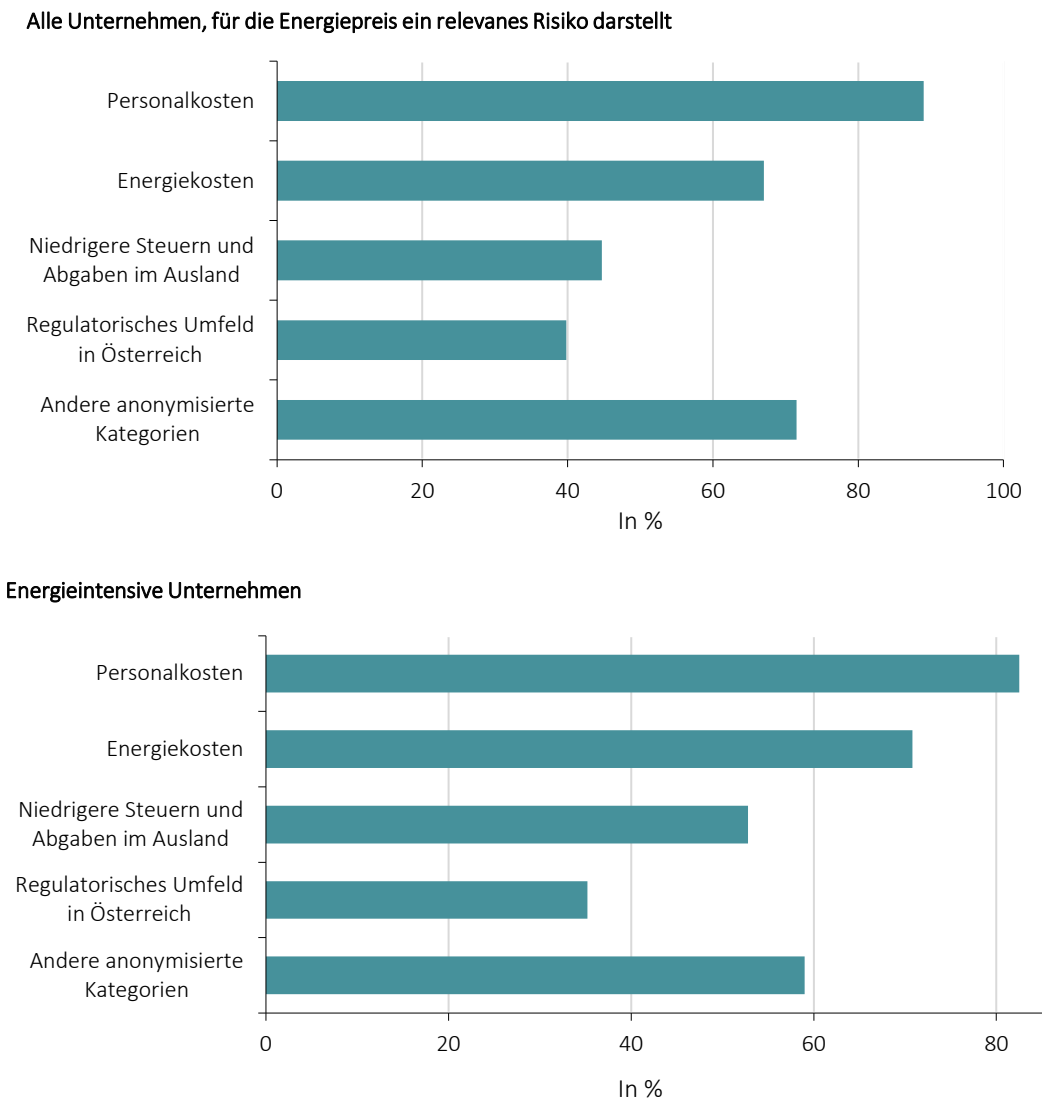


Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Rund 26% der befragten Unternehmen haben keine Angaben zu den geplanten Veränderungen ihres Personalstandes gemacht.

Die Hauptgründe für geäußerte Verlagerungsabsichten sind vor allem hohe Personal- und Energiekosten (vgl. Abbildung 8). Energieintensive Unternehmen (83% geben Personal- und 62% Energiekosten als ausschlaggebend an) sowie jene, die Energiepreise als relevantes Risiko einstufen, unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten nicht systematisch voneinander.

Im Vergleich zur Gesamtstichprobe nennen Unternehmen beider Kategorien die Energiekosten jedoch etwas häufiger als ausschlaggebenden Faktor. Insgesamt werden Personal- und Energiekosten von allen Unternehmen mit Verlagerungsabsichten am häufigsten als Beweggrund für entsprechende Überlegungen genannt.

Abbildung 5: **Gründe für Verlagerungsabsichten**



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Mehrfachnennungen waren möglich.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Unternehmen mit hoher Energiepreisexposition berichten häufiger von geplanten Beschäftigungsanpassungen im Produktionsbereich. In der Unternehmensbefragung geben Unternehmen mit hoher

Risikoexposition gegenüber Energiepreisen häufiger an, die Gesamtbeschäftigung senken oder konstant halten zu wollen. Der angekündigte Personalabbau betrifft zumeist die Produktion. Auch Unternehmen mit stabiler oder wachsender Gesamtbeschäftigung planen teilweise Reduktionen im Produktionsbereich. In energieintensiven Branchen fällt die berichtete Entwicklung im Durchschnitt stabiler aus. Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der betroffenen Bereiche: Während in Finanzen und Controlling die Mehrzahl der Unternehmen Personalabbau plant, geht in Forschung, produktbezogener IT, Marketing oder im Kundenservice wiederum eine Mehrzahl von Personalzuwächsen aus. Als häufigste Gründe für geplante Beschäftigungsreduktionen werden eine rückläufige Nachfrage, technischer Wandel und Outsourcing genannt; letztere Kategorie wird von Unternehmen in energieintensiven Branchen nie genannt.

Branchen- und unternehmensspezifische Unterschiede im Hinblick auf Verlagerungsabsichten. Über alle befragten Unternehmen hinweg plant etwa ein Drittel Verlagerungen ins Ausland, rund 30% im Bereich der Produktion. Unternehmen in energieintensiven Branchen berichten seltener von Verlagerungsabsichten, sowohl im Bereich Produktion als auch in anderen Funktionen wie Einkauf, Finanzen oder F&E. Der Anteil von Unternehmen mit Verlagerungsplänen ist bei jenen höher, die nicht energieintensiven Branchen angehören und keine hohe Energiepreisexposition aufweisen. Die berichteten Anteile erlauben aufgrund der Fallzahlen aber nur eingeschränkt belastbare Aussagen. Der primäre Grund für Verlagerungsabsichten über alle Unternehmen in der Stichprobe hinweg sind die hohen Personalkosten gefolgt von den hohen Energiekosten. Bei risikoexponierten Unternehmen und Unternehmen in energieintensiven Branchen sind die Anteile der Unternehmen, die Energiekosten als Verlagerungsgrund angeben im Vergleich dazu leicht höher.

Verlagerungsabsichten und Beschäftigungsanpassungen werden häufig gemeinsam genannt; Personal- und Energiekosten zählen zu den meistgenannten Einflussfaktoren. Unternehmen, die einen Abbau der Gesamtbeschäftigung planen, geben häufiger auch an, bestimmte Funktionen ins Ausland verlagern zu wollen. Umgekehrt berichten Unternehmen mit konstanter oder steigender Beschäftigung seltener von solchen Plänen. In den Antworten werden insbesondere Personal- und Energiekosten häufig als relevante Gründe für Verlagerungsüberlegungen genannt. Unternehmen mit hoher Energiepreisexposition sowie Unternehmen aus energieintensiven Branchen führen diese Aspekte in vergleichbarer Häufigkeit an wie die Gesamtstichprobe. Die genannten Zusammenhänge spiegeln sich in mehreren Befragungswellen konsistent wider.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass Energiepreise nicht flächendeckend auf die Industrie wirken – ausschlaggebend ist vielmehr, ob Unternehmen sie als relevanten Risikofaktor wahrnehmen. Betriebe mit entsprechender Risikoexposition weisen signifikant höhere Tendenzen zum Beschäftigungsabbau auf. Während Verlagerungsabsichten häufig durch hohe Personalkosten motiviert sind, beeinflussen auch steigende Energiekosten die Standortentscheidungen – und zwar auch außerhalb energieintensiver Branchen. Dies unterstreicht die Bedeutung energiepolitischer Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung und Stabilisierung der Energiepreise als Komponente einer breiteren industriepolitischen Strategie.

Literatur

European Investment Bank (2025). EIB Investment Survey 2024 Country Overview: Austria, Luxemburg.

Hölzl W., Kaniovski S., Meinhart B., Sinabell F., Streicher G. (2023). Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie bei weiterhin hohen Energiepreisen. WIFO, Wien.

Hölzl, W., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Peneder, M., Reinstaller, A. (2017). Österreich 2025 – Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien österreichischer Unternehmen und die Positionierung in der internationalen Wertschöpfungskette. WIFO-Monatsberichte, 90(3), 219-228

Hölzl, W., Friesenbichler, K., Kügler, A., Meyer, B. (2025), Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit, Wertschöpfungskette. WIFO-Monatsberichte 98(7), im Erscheinen.

Produktivitätsrat (2024). Produktivitätsbericht 2024: Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession. Wien.

Reinstaller A., Sellner R. (2024) Industrial energy prices and the competitiveness of the Austrian business sector. Büro des Produktivitätsrates – Reports 03/2024.

Reinstaller A., Sellner R. (2025a) Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie in der Energiekrise. Wirtschaftspolitische Blätter, 1/2025, S. 46-55.

Reinstaller A., Sellner R. (2025b). Energy Efficiency and Energy Savings Potentials in the Austrian Manufacturing and Construction Sectors: Firm-level Evidence from a Stochastic Frontier Analysis. Im Erscheinen.

Redaktionsschluss/Informationsstand: 27.07.2025

Diese Kurzanalyse wurde von Mitarbeitenden des Büros des Produktivitätsrates und Mitarbeitern des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in eigenem Namen verfasst und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung des Produktivitätsrates, der Oesterreichischen Nationalbank oder des WIFO wider. Der Produktivitätsrat war weder an der Themenauswahl noch an der Erstellung der Analyse beteiligt. Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Rückfragen: Büro des Produktivitätsrates,
E-Mail: office@produktivitaetsrat.at
Tel.: +43 1-40420-7480